

Die europäische Entwicklungspolitik mit Blick auf das Jahr 2015

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind Fragen, die die Zukunft unseres Planeten als Ganzes betreffen. Die Entstehungsgeschichte jedes T-Shirts, das wir tragen, und jedes Handys, das wir nutzen, macht deutlich, wie global verwoben unsere Welt heute ist, und welche entwicklungspolitischen Herausforderungen damit verbunden sind. Noch immer leben weltweit 1,4 Milliarden Menschen in absoluter Armut, während die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Dabei leiden gerade die ärmsten Länder der Welt am stärksten unter dem Klimawandel.

Lösungen lassen sich nur gemeinsam finden – gemeinsam als internationale Staatengemeinschaft, aber auch gemeinsam hier in Deutschland. Das betrifft den Staat, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft in ihren unterschiedlichsten Formen. Umso wichtiger ist eine breite gesellschaftliche Diskussion entwicklungspolitischer Fragen, mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und einer lebendigen und kreativen Zivilgesellschaft.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) und ihre 28 Mitgliedsstaaten leisten **rund 60 Prozent der internationalen Entwicklungszusammenarbeit** und sind damit der weltweit größte Geber. Als größter Binnenmarkt der Welt ist die EU zudem ein wichtiger Handelspartner vieler Entwicklungsländer und hat einen großen Einfluss auf die Welthandelsordnung. Die Kombination von finanziellem, wirtschaftlichem und politischem Einfluss macht die EU zu einem der entscheidenden Akteure internationaler Entwicklungspolitik.

Die Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit ist dabei zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten aufgeteilt. Die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich ergänzt die jeweilige Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die **EU-Kommission** investiert ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr, das sind ca. 13 Prozent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Damit ist die EU-Kommission zweitgrößter Geber nach den

USA. Deutschland als größter Beitragszahler innerhalb der EU hat hieran einen Anteil von ca. 20 Prozent.

Die Bundesrepublik Deutschland gestaltet auf vielfältige Weise die Politik der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union mit. Sie ist **in allen Phasen der Umsetzung der EU-Entwicklungszusammenarbeit** beteiligt. Die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen erfolgt im Zusammenspiel der Mitgliedsstaaten mit den Gemeinschaftsinstitutionen in Brüssel. Dabei verfolgt die Bundesregierung in den verschiedenen Gremien aktiv folgende Ziele:

- Ausrichtung aller Maßnahmen auf das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung.
- Weitere Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der Zusammenarbeit.
- Verbesserte Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten und verbesserte Kohärenz mit anderen Politikbereichen, die gemeinschaftlich von der EU gesteuert werden.
- Förderung eines freien und fairen Handels: Dazu gehört die Unterstützung der Entwicklungsländer bei den Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde.
- Stärkere Ausrichtung auf Konfliktprävention: Europäische Entwicklungspolitik wird als Teil der Außen- und Sicherheitspolitik verstanden, jedoch mit eigenständigen Zielen.

Mit Blick auf die Flüchtlingskrise im Nahen Osten hat Minister Müller zum Beispiel seine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, **gemeinsam mehr für Flüchtlinge weltweit** zu tun: Der jüngste Bericht des UN-Flüchtlingskommissars zeigt, dass die internationale Gemeinschaft angesichts der Konflikte in Syrien, Afrika und jüngst auch im Irak vor der schlimmsten Flüchtlingskatastrophe seit 50 Jahren steht. Für Minister Müller ist es deswegen von entscheidender Bedeutung, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihre Unterstützung für Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Regionen besser bündeln und verstärken.

Zudem konnte Minister Müller seine europäischen Kolleginnen und Kollegen und die EU-Kommission dafür gewinnen, dass die EU sich für **Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten** einsetzen wird: Damit Verbraucher künftig in der EU nachvollziehen können, ob ihr T-Shirt oder ihre Jeans für faire Löhne und unter umweltverträglichen Bedingungen produziert wurde.

Das Jahr 2015: Wichtige entwicklungspolitische Meilensteine

Im September 2000 trafen sich die Staats- und Regierungschefs aus 189 Ländern bei dem bis dahin größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen (VN) in New York und verabschiedeten dort die Millenniumserklärung, die umfassend die Herausforderungen des neuen Jahrtausends darstellte. Die **Millennium Development Goals** (MDGs, auf Deutsch Millenniumsentwicklungsziele) sind acht globale Entwicklungsziele, zu deren Erreichung bis 2015 sich die Weltgemeinschaft verpflichtet hat. Bei der Erreichung dieser Ziele gibt es wichtige Erfolge: Der Anteil der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen konnte schon vor dem Zieljahr 2015 halbiert werden. So viele Jungen und Mädchen wie nie zuvor haben Zugang zu Bildung. Große Fortschritte gab es auch bei der Trinkwasserversorgung und der Malaria- und Tuberkulosebekämpfung.¹

Damit sind die MDGs der global gültige Referenzrahmen für weltweites entwicklungspolitisches Engagement. Die Überwindung von Armut und der weiterhin bestehenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit bleiben eine große Herausforderung. Auch hat sich die Welt seit dem Jahr 2000 verändert. Die Staaten der Welt haben sich deshalb gemeinsam entschieden, für die Zeit nach 2015 ein neues Zielsystem zu schaffen. Im September 2015 wird im Rahmen der VN die **neue post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung** verabschiedet. Dabei soll weiterhin an der Umsetzung der noch nicht erreichten Ziele gearbeitet werden, der Klima- und Umweltschutz stärker in den Fokus gerückt werden und Menschenrechte und gute Regierungsführung integriert werden. Durch eine neue globale Partnerschaft soll die herkömmliche Aufteilung in Nord und Süd aufgebrochen werden. Eine neue Agenda kann nur erfolgreich verhandelt und umgesetzt werden, wenn alle Akteure gemeinsam – Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Privatsektor, Stiftungen – im Rahmen einer neuen globalen Partnerschaft daran arbeiten.

Bundespräsident a.D. Köhler, der in einem hochrangigen Gremium der Vereinten Nationen zur Ausgestaltung der neuen Agenda mitgewirkt hat, formuliert dies so:

„Erstens muss nationale Politik unter Berücksichtigung des globalen Gemeinwohls gestaltet werden – also das bekannte Motto "global denken, lokal handeln". Es braucht aber auch, zweitens, die umgekehrte Richtung: Nationale Regierungen

¹ Zum Umsetzungsstand der MDGs s.

http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/flyer/Faltblatt_FaktenMDG.pdf

müssen multilaterale Lösungen für die vielen Probleme finden, die sie lokal betreffen, aber die nur international lösbar sind – also quasi "lokal denken, global handeln".²

Deutschland unterstützt sehr engagiert und auf vielfältige Weise die Vereinten Nationen dabei, der zukünftigen Agenda eine breite, tragfähige Basis zu geben. International sind für Deutschland die Mitgliedsstaaten der **Europäischen Union die wichtigsten Partner**. Weil die EU dann am stärksten ist, wenn sie mit einer Stimme spricht, stimmt sich die Bundesregierung intensiv mit den anderen Mitgliedsstaaten ab.

Im Jahr 2015 werden auch weitere wichtige Weichen für globale nachhaltige Entwicklung gestellt: Auf der **Klimakonferenz in Paris** Ende 2015 soll ein verbindliches Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll vereinbart werden. In der EU setzt sich die Bundesregierung dafür ein, bis 2030 mindestens 40 Prozent weniger Treibhausgase auszustoßen. Ein multilateraler Grüner Klimafonds soll Entwicklungsländer bei einer kohlenstoffarmen Entwicklung und dem Schutz vor den Folgen des Klimawandels finanziell unterstützen.

Und Deutschland hat bereits jetzt bis einschließlich 2015 die **Präsidentschaft der G7** übernommen. Klimakonferenz und Post-2015-Agenda sind auch hier die wesentlichen Bezugspunkte. Aber auch Themen wie eine zunehmende Transparenz im Rohstoffsektor oder die Wiederauffüllung der Globalen Impfallianz (GAVI) Anfang 2015 werden auf der Agenda stehen. Das Thema Entwicklung soll als Querschnittsthema politikübergreifend verankert werden: Dies entspricht dem Ziel einer „neuen globalen Partnerschaft“, das im Rahmen der Post-2015 Agenda für nachhaltige Entwicklung angestrebt wird.

Das europäische Jahr der Entwicklungspolitik 2015

Alle erwähnten Prozesse sind für die Entwicklungspolitik der Europäischen Union ebenso wie für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands entscheidend. Doch wie viel wissen die europäischen Bürgerinnen und Bürger über entwicklungspolitische Zusammenhänge? Kennen sie die Bedeutung der globalen Entwicklungsagenda, wie sie im

² Rede von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler beim Flagship-Forum "Global Partnership and the Post 2015 Agenda for Sustainable Development" am 12.05.2014 in Bonn unter http://www.bmz.de/de/presse/reden/andere/140512_rede_koehler/index.html

Post-2015-Prozess diskutiert wird? Um diese Wissensbasis zu verbreitern, hat die EU das Jahr 2015 zum „**Europäischen Jahr für Entwicklung**“ erklärt.

Durch **Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsmaßnahmen** sollen Bürgerinnen und Bürgern die Querverbindungen zwischen regionaler und internationaler Politik überzeugend dargestellt und erklärt werden. Die EU-Kommission stellt eine eigene Website, Videos und andere Materialien bereit, und sie plant gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten Veranstaltungen und Aktionen, insbesondere für Jugendliche.

Schwerpunktthemen sind

- die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten (MS), vor allem in Hinblick auf die Post- 2015-Agenda,
- die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für jeden Einzelnen und
- die Förderung des aktiven Engagements für und der kritischen Auseinandersetzung mit der Entwicklungszusammenarbeit.

Motto des Europäischen Jahres ist „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“:

- **Unsere Welt** steht für Solidarität in einer interdependenten, voneinander abhängigen Welt.
- **Unsere Würde** zielt auf die wirtschaftliche und soziale Befähigung zur Selbstbestimmung („Empowerment“).
- **Unsere Zukunft** thematisiert die Nachhaltigkeit und die Post-2015-Agenda.

Die EU-Kommission ist zudem auf den Vorschlag von Entwicklungsminister Müller eingegangen, fair und **umweltverträglich produzierte Kleidung** zu einem Schwerpunktthema im „Europäischen Jahr für Entwicklung“ zu machen. Das BMZ setzt sich dafür ein, Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten, wie zum Beispiel in der Textilindustrie, EU-weit durchzusetzen.

Das **nationale Arbeitsprogramm** für Deutschlands Aktivitäten im Europäischen Jahr der Entwicklungspolitik wird zurzeit gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeitet. Grundlage sind die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungspolitik. Auch sollen die Ergebnisse des Zukunftscharta-Prozesses aufgegriffen und umgesetzt werden:

Denn das BMZ hat bereits in diesem Jahr einen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Vorbereitung auf das entwicklungspolitische Schlüsseljahr 2015 gestartet. Gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Kirchen, Wirtschaft, Wissenschaft, Ländern und Kommunen erarbeitet das Ministerium eine „**Zukunftscharta EINE WELT – Unsere Verantwortung**“.³ Bundesminister Müller sagte zum Auftakt des Prozesses:

„Wir müssen die Globalisierung so gestalten, dass sie den Menschen dient. Markt braucht Regeln, und Macht braucht Grenzen. Nachhaltigkeit muss das Prinzip aller Entwicklung, ja allen Tuns sein.“⁴

Die gemeinsam erarbeitete Charta soll Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit und neue Partnerschaften in Deutschland sein und zur Umsetzung der Post-2015-Agenda beitragen.

Die Engagementförderung des BMZ

Entwicklungspolitik lebt vom Engagement der vielen in Vereinen, Gemeinden und gemeinnützigen Organisationen aktiven Bürgerinnen und Bürger. Nicht nur im europäischen Jahr 2015, sondern bereits sehr viel länger und weit darüber hinaus **fördert das BMZ entwicklungspolitisches Engagement und entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit** in Deutschland. Wenn wir ein neues Wohlstandsmodell wollen, das auf mehr Nachhaltigkeit und weniger schnellen Konsum setzt, brauchen wir das Engagement aller: In enger Kooperation mit der Zivilgesellschaft und den Kirchen, mit Ländern, Kommunen und der Wirtschaft ermutigen wir daher Menschen, Verantwortung zu übernehmen und sich für Zukunftsfragen in ihrem unmittelbaren Umfeld und weltweit einzusetzen. Unsere Engagementförderung basiert auf den Prinzipien der Selbstorganisation, einer Kultur der Anerkennung, des Zugangs und der Transparenz.

In der **Engagement Global gGmbH** hat das BMZ in 2012 zentrale Programme zur Unterstützung entwicklungspolitischen Engagements gebündelt. Das BMZ und Engagement

³ Unter www.zukunftscharta.de können sich alle Interessierten an dem Dialog beteiligen, der in fünf Themenforen gegliedert ist.

⁴ Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller am 1. April bei der Eröffnung der Auftaktveranstaltung für eine gemeinsame Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“.

<https://www.zukunftscharta.de/zukunftscharta/de/home/news/single/id/803>

Global werden in der Engagementförderung unterstützend tätig. Wir fühlen uns dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet, d.h. dem Prinzip, nahe an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, und – wo immer dies möglich und sinnvoll ist – Vorrang vor unmittelbarer Aufgabenübernahme durch den Staat zu geben. Bei Projekten und Aktionen, die wir finanziell fördern, legen wir Wert auf Partnerschaftlichkeit, Wirkungsorientierung und Nachhaltigkeit. Derzeit arbeiten wir an einem neuen Aktionsprogramm Engagementförderung, das demnächst vorgelegt werden wird.

Sie möchten sich entwicklungspolitisch engagieren?

Wenn Sie sich über Engagementmöglichkeiten, Freiwilligen- und Lernprogramme, Finanzierungsmöglichkeiten für Vereine oder Kooperationsmöglichkeiten für Schulen informieren wollen: Unter www.engagement-global.de, der zentralen Telefonnummer 0800-1887188 oder der email info@engagement-global.de können Sie sich einen Überblick verschaffen, erhalten Tipps und Kontakte und werden weiter verwiesen.

Direkten Kontakt zum Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen finden Sie über www.venro.org und zu den in allen Bundesländern aktiven „Eine Welt Netzwerken“ unter www.aql-einewelt.de.

Die kirchlichen Werke sind unter www.weltkirche-katholisch.de bzw. unter www.brot-fuer-die-welt.de erreichbar.

Der Weltladendachverband ist unter www.weltladen.de, das Forum fairer Handel unter www.forum-fairer-handel.de und Fairtrade unter www.fairtrade-deutschland.de im Netz zu finden.